Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bekanntmachung des Bergamtes Stralsund – Planfeststellungsbehörde

vom 24.01.2023

Die Fa. GASCADE Gastransport GmbH hat beim Bergamt Stralsund die Zulassung von Änderungen zu den genehmigten und in Betrieb befindlichen Vorhaben

- “Bau und Betrieb der Erdgashochdruckleitung Ostsee-Pipeline-Anbindungs-Leitung (OPAL), Abschnitt Mecklenburg-Vorpommern (SP0 - SP102+375m) und für den Bau und Betrieb der Erdgashochdruckleitung Norddeutsche-Erdgas-Leitung (NEL), Abschnitt Mecklenburg-Vorpommern (Teilabschnitt SP0 - SP6+368m) einschließlich der Anlandestation Lubmin“ als technischer Betriebsführer für die W & G Transport Holding GmbH mit Sitz in Kassel und die Lubmin-Brandov Gastransport GmbH mit Sitz in Essen und
- “Bau und Betrieb der Erdgasempfangsstation Lubmin 2 (EST Lubmin 2), der 350 m langen Anschlussleitung an die Nordeuropäische Erdgasleitung (AL NEL) mit einer Absperrstation (AS Lubmin-NEL) und des 200 m langen Abschnittes der Europäischen Gasanbindungsleitung (EUGAL) auf dem Gelände der Erdgasempfangsstation Lubmin 2“ als Vorhabenträger

beantragt.

Die energierechtlichen Planfeststellungsbeschlüsse einschließlich der durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfungen datieren vom 06.08.2009 und 24.05.2018.

Die beantragten Änderungen umfassen in Mecklenburg-Vorpommern im Landkreis Vorpommern-Greifswald die Schaffung der Voraussetzungen zur Ein- / Ausspeisung von regasifiziertem Flüssiggas über die Bestandsleitung NEL und über die Erdgasempfangsstation Lubmin 2 durch die Verlegung der Anschlussleitungen “AL NEL 2“ und “AL NEL 3“ (je ca. 135 m, DN1200, MOP100) einschließlich von zwei Leerrohren sowie den dafür erforderlichen technischen Anlagenteilen. Das geänderte Vorhaben umfasst auch die nachfolgende Renaturierung der Arbeitsbereiche und naturschutzfachliche Kompensation durch Abbuchung von Punkten des Ökokontos „Görmitz“.

Gemäß § 3 Satz 1 Nr. 15 EnWG handelt es sich bei den festgestellten und in Betrieb befindlichen Vorhaben jeweils um eine Energieanlage, deren Errichtung, Betrieb sowie Änderung gemäß § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 EnWG der Planfeststellung bedarf.

Das Bergamt Stralsund als zuständige Planfeststellungsbehörde hat die beantragten Änderungen gemäß § 9 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 04.01.2023 (BGBl. I Nr. 6), einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 UVPG im Hinblick darauf, ob die Änderung oder Erweiterung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, unterzogen.

Die Vorprüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass durch die Änderungen im Einzelnen und kumulierend jeweils keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten sind. **Daher besteht die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für die Änderung oder Erweiterung dieser Vorhaben, für die als solches jeweils bereits eine UVP-Pflicht besteht, nicht.**

Die wesentlichen Gründe für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht sind: Das jeweilige Vorhaben bleibt im Verhältnis zu dessen geänderten Teilen in seiner Gesamtkonzeption dasselbe, d.h. Umfang, Zweck und Auswirkungen des Vorhabens werden in ihren Grundzügen nicht gegenüber dem bisher Umgesetzten wesentlich verändert. Der Trassenverlauf der Anschlussleitungen befindet sich teilweise innerhalb der Erdgasempfangsstation, im Weiteren am Rand des B-Plan-Gebiets „Lubminer Heide“, nahe dem Industriehafen Lubmin, vorhandenen Industrieanlagen und in einer infrastrukturell erschlossenen und anthropogen stark geprägten Landschaft. Es sollen temporär Flächen in Anspruch genommen werden (ca. 11.166 m²), die dauerhafte Versiegelung ist sehr gering (ca. 56 m²). Der oberhalb der unterirdisch verlegten Leitungen dann bestehende Sicherheitsstreifen ist fast uneingeschränkt weiterhin nutzbar. Mögliche bauzeitliche Beeinträchtigungen treten nur mit kurzer Dauer auf, eine anlage- und betriebsbedingte Annäherung an Schutzgüter erfolgt nicht; notwendige Schutz- / Vermeidungs- / Verminderungsmaßnahmen werden vorgesehen. Durch das Vorhaben werden keine entgegenstehenden Nutzungen in erheblich nachteiligem Sinne betroffen. Es ergeben sich insgesamt keine erheblichen zusätzlichen Belastungen. Der naturschutzrechtlich zu bewertende Eingriff ist kompensierbar. Geschützte Biotope werden nicht zerstört oder beschädigt. Internationale und nationale Schutzgebiete werden in ihren Schutzziele von dem Änderungsvorhaben nicht beeinträchtigt. Das Eintreten von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen gemäß § 44 BNatSchG kann ausgeschlossen werden.

Die Unterlagen und der Prüfbericht zur Vorprüfung des Einzelfalls sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes i.d.F.d.B. vom 27.10.2014 (BGBl. I S. 1643), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 25.02.2021 (BGBl. I S. 306), beim Bergamt Stralsund, Frankendamm 17, 18439 Stralsund, zugänglich.

Hinweis:

Diese Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

(Az.: 663/OPAL/07)